Ausfertigung

Oberlandesgericht Dresden

Zivilsenat

Aktenzeichen: 7 U 1319/18
Landgericht Dresden, 6 O 1979/17

Verkündet am: 28.03.2019

Reinke, Justizbeschäftigte
Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Vert.:	Frist not.	KR/ K/A	Mitl.:
PA	EINGEGANGEN		Kenn- wort
SB	29. MRZ. 2019		rech- ter
Rück- spr.	Richter Rechtsanwälte		Zan- lung
zdA			Sten- dort

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

In dem Rechtsstreit

vertreten

- Klägerin und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Thomas Richter & Karsten Dehnz**, Stübelallee 55, 01309 Dresden, Gz.:
1025/18/10

gegen

vertreten durch den Vorstand

- Beklagte und Berufungsklägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte

wegen Mietwagenkosten

hat der 7. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Dresden durch

Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Dr. Dr. Klose,
Richter am Oberlandesgericht Weidelhofer und
Richterin am Oberlandesgericht Stricker

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 14.02.2019

für Recht erkannt:

1. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Landgerichts Dresden vom 20.07.2017, Az. 6 O 1979/17, wird zurückgewiesen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Berufungsverfahrens zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.
4. Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

I.

Von der Darstellung des Sachverhaltes wird gemäß §§ 540 Abs. 2, 313a Abs. 1 S. 1 ZPO abgesehen.

II.

Die zulässige Berufung der Beklagten ist unbegründet.

Die Klägerin hat gegen die Beklagte Anspruch auf Zahlung der durch das Landgericht zugesprochenen Mietwagenkosten in Höhe von 6.622,77 EUR gemäß §§ 398 BGB, 115 Abs. 1 Nr. 1 WG, 7 Abs. 1 StVG. Die Haftung der Beklagten als Haftpflichtversicherer der in den einzelnen Schadensfällen jeweiligen Unfallgegner dem Grunde nach zu 100 % ist unstreitig.

Die durch die Klägerin aus abgetretenem Recht geltend gemachten weiteren Mietwagenkosten sind nach § 249 Abs. 2 S. 1 BGB als erforderlich anzusehen.

Die Grundsätze zur Erstattungsfähigkeit von Mietwagenkosten nach der gefestigten höchstgerichtlichen Rechtsprechung hat das Landgericht zutreffend wiedergegeben. Erforderlich sind die Mietwagenkosten, die ein verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Geschädigten für zweckmäßig und notwendig halten darf. Nach dem aus dem Grundsatz der Erforderlichkeit hergeleiteten Wirtschaftlichkeitsgebot kann der Geschädigte von mehreren auf dem örtlich relevanten Markt erhältlichen Tarifen für die Anmietung eines vergleichbaren Ersatzfahrzeuges innerhalb eines gewissen Rahmens grundsätzlich nur den günstigsten Mietpreis als objektiv erforderlich ersetzt verlangen. Die Miete ist demgemäß grundsätzlich nur bis zur Höhe des sog. Normaltarifs erstattungsfähig (so in st. Rspr. der BGH, Urteil vom 05.03.2013, Az. VI ZR 245/11, juris; Urteil vom 14.02.2006, Az. VI ZR 126/05, juris; Urteil vom 04.07.2006, Az. VI ZR 2375/05, juris).

Diesen „Normaltarif“ kann der Tatrichter in Ausübung seines Ermessens gemäß § 287 ZPO durch Heranziehung von Listen und Tabellen zur Schadensermittlung schätzen. Die Art der Schätzungsgrundlage gibt § 287 ZPO nicht vor, die Schadenshöhe darf lediglich nicht auf der Grundlage falscher oder offenbar unsachlicher Erwägungen festgesetzt werden und wesentliche, die Entscheidung bedingende Tatsachen dürfen nicht außer Betracht bleiben. Der BGH hat wiederholt entschieden, dass in Ausübung des tatrichterlichen Ermessens nach § 287 ZPO der Normaltarif sowohl auf der Grundlage der Schwacke-Liste als auch des Fraunhofer-Mietpreisspiegels ermittelt werden kann. Eine Schätzung nach dem arithmetischen Mittel beider Markterhebungen (sog. „Fracke“) hat er ebenso nicht als rechtsfehlerhaft erachtet (BGH, Urteil vom 12.04.2011, Az. VI ZR 300/09, juris; Urteil vom 18.05.2010, Az. VI ZR 293/08, juris). Der BGH hat dabei mehrfach betont, dass allein der Umstand, dass diese Markterhebungen im Einzelfall zu deutlich voneinander abweichenden Ergebnissen führen können, nicht genügt, um Zweifel an der Eignung der einen oder anderen Erhebung als Schätzgrundlage zu begründen (so z. B. BGH, Urteil vom 12.04.2011, Az. VI ZR 300/09, juris, Rn. 17). Die Eignung von Listen oder Tabellen bedarf vielmehr nur dann der Klärung, wenn mit konkreten Tatsachen aufgezeigt wird, dass detailliert geltend gemachte Mängel der Schätzgrundlage sich auf den zu entscheidenden Fall in erheblichem Umfang auswirken (BGH, Urteil vom 18.12.2012, Az. VI ZR 316/11, juris, Rn. 11 m.w.N.).

Auf die in der obergerichtlichen Rechtsprechung und auch innerhalb des Oberlandesgerichts

Dresden höchst umstrittene Frage, aufgrund welcher Liste der ersatzfähige Normaltarif zu schätzen ist (vgl. zum Meinungsstand die Darstellung des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Urteil vom 24.03.2015, Az. 1 U 42/14, juris, Rn. 25 ff.), kommt es vorliegend indes nicht an, so dass dahinstehen kann, ob die von dem Senat bislang bei der Schadensermittlung als Schätzgrundlage für den Normaltarif herangezogene Schwacke-Liste aufgrund der Veränderungen der allgemeinen Mietwagen-Marktpreisentwicklung und des Mietwagenmarktes dahingehend, dass ein Vergleich der Mietwagenkosten über das Internet mittlerweile als allgemein zugänglich bezeichnet werden muss, zur Schätzung des Normaltarifes gemäß § 287 ZPO auch weiterhin geeignet ist. Denn nach der Rechtsprechung des BGH verstößt der Geschädigte auch bei Anmietung eines Kraftfahrzeuges zu einem gegenüber dem Normaltarif teureren Mietwagenpreis nicht gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot, wenn der Mehrbetrag entweder aus betriebswirtschaftlicher Sicht gerechtfertigt war oder ein günstigerer Normaltarif für den Geschädigten nicht ohne weiteres zugänglich war. Kann der Geschädigte darlegen und beweisen, dass ihm unter Berücksichtigung seiner individuellen Erkenntnis- und Einflussmöglichkeiten unter zumutbaren Anstrengungen kein wesentlich günstigerer Tarif auf dem in seiner Lage zeitlich und örtlich relevanten Mietwagenmarkt zumindest auf Nachfrage zugänglich gewesen ist, kann der Geschädigte auch einen den Normaltarif übersteigenden Betrag im Hinblick auf die gebotene subjektbezogene Schadensbetrachtung verlangen, selbst dann, wenn die Erhöhung nicht durch unfallspezifische Kostenfaktoren gerechtfertigt ist (BGH, Urteil vom 04.07.2006, Az. VI ZR 237/05, juris, Rn. 8 m.w.N.; Urteil vom 18.12.2012, Az. VI ZR 316/11, juris, Rn. 8; Urteil vom 02.02.2010, Az. VI ZR 7/09, juris, Rn. 14, jeweils m.w.N.).

Vorliegend ist davon auszugehen, dass den 17 Geschädigten in den konkreten unfallbedingten Situationen unter Zugrundelegung der an sie nach dieser Rechtsprechung zu stellenden Anforderungen kein günstigerer Tarif zugänglich war. Die Klägerin hat in sämtlichen 17 Schadensfällen dargetan und durch Vorlage von Screenshots von Mietwagenangeboten der marktgängigen Autovermietungsfirmen Sixt, Europcar, AVIS und Buchbinder im Internet (Anlagen 1 - 17 jeweils g zum klägerischen Schriftsatz vom 03.01.2018) bewiesen, dass zu den jeweiligen Anmietzeitpunkten im Durchschnitt keine wesentlich günstigeren Tarife als der von der Klägerin zugrunde gelegte Tagesmietpreis erhältlich waren. Diese Recherche zeitnah zu den jeweiligen Schadenszeitpunkten hat ergeben, dass die kalendertäglichen Mietwagenpreise im Internet unter Berücksichtigung der jeweiligen Fahrzeugklassen der Geschädigten - ebenfalls zuzüglich weiterer Zusatz- und Nebenkosten - entweder über dem klägerischen Angebot lagen oder aber das klägerische Angebot innerhalb des hiernach recherchierten Mietpreisrahmens lag. Selbst in den Fällen, in denen der maßgebliche Tarif der Schwacke-Liste durch die Tarife

der Klägerin deutlich überschritten worden ist (so beispielsweise in den Fällen 8 und 10) und in denen den Geschädigten aufgrund dieser Höhe ggf. Bedenken gegen die Angemessenheit der ihnen angebotenen Mietwagentarife kommen mussten (vgl. BGH, Urteil vom 04.07.2006, Az. VI ZR 237/05, juris, Rz. 10), so dass die jeweiligen Geschädigten deshalb unter dem Aspekt des Wirtschaftlichkeitsgebotes gehalten waren, sich nach günstigeren Tarifen zu erkundigen, ist damit vorliegend nachgewiesen, dass eine preiswertere Anmietungsmöglichkeit entweder gar nicht bestand oder aber jedenfalls nicht ohne weiteres erkennbar war.

Es ist der Beklagten nicht gelungen, dieses Vorbringen zu entkräften oder aber eine Verletzung der Schadensminderungspflicht der Geschädigten nach § 254 Abs. 2 BGB nachzuweisen. Die von der Beklagten zum Nachweis der Zugänglichkeit weit günstigerer Tarife vorgelegten Internetangebote der Autovermietungen AVIS, Europcar und Sixt als Anlagen B 4 bis 20 jeweils a-c sind zum einen nicht ohne weiteres vergleichbar mit den jeweils durch die Geschädigten abgeschlossenen Mietverträgen (keine flexible Anmietdauer und Unklarheit, ob die Anmietung inklusive sämtlicher Kilometer erfolgt) und zum anderen nicht geeignet, die durch die Klägerin in Gestalt von Screenshots vorgelegten Internet-Angebote der nämlichen Mietwagenfirmen im tatsächlichen Anmietzeitraum in Frage zu stellen, da die von der Beklagten vorgelegten Screenshots allesamt einer Recherche aus März 2018 entstammen.

Die Klägerin kann in sämtlichen Fällen ebenfalls Zahlung der gesondert in Rechnung gestellten weiteren Leistungen wie Winterreifen, Haftungsreduzierung, Zusatzfahrer und Zustellung und Abholung des Ersatzfahrzeuges verlangen. Da diese Leistungen in den Grundtarifen sowohl der Schwacke-Liste als auch des Fraunhofer Mietpreisspiegels nicht enthalten sind, sind diese Kosten dem Mietpreis zuzuschlagen, da sie im Rahmen der streitgegenständlichen Mietverhältnisse unstreitig tatsächlich angefallen sind. Bei der Schadensschätzung gem. § 287 ZPO legt der Senat insoweit die in der Nebenkostentabelle der zeitlich anwendbaren Schwacke-Liste genannten Bruttopreise zugrunde, da sich solche in der Fraunhofer-Mietpreissliste nicht finden. Ebenso besteht jeweils ein Anspruch auf Erstattung der Kosten für einen Vollkaskoschutz ohne Selbstbeteiligung unabhängig davon, ob das Fahrzeug des Geschädigten in gleicher Weise versichert war. Die hierfür erforderlichen Mehraufwendungen sind grundsätzlich als adäquate Schadensfolge anzusehen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass der Geschädigte durch die Nutzung eines fremden Fahrzeuges während der Mietzeit einem erhöhten wirtschaftlichen Risiko ausgesetzt ist (vgl. BGH Urteil vom 25.10.2005, Az. VI ZR 9/05, juris, Rn. 12). Dies ist nach der Rechtsprechung des Senates nicht nur dann anzunehmen, wenn das beschädigte Fahrzeug schon älter war und als Ersatzfahrzeug ein we-

sentlich höherwertiges Fahrzeug angemietet wird oder aber auch das Fahrzeug des Geschädigten eine Vollkaskoversicherung hatte, sondern grundsätzlich, es sei denn, es liegen außergewöhnliche - hier nicht erkennbare - Umstände vor. Bei Anmietung eines Ersatzwagens ist immer ein Haftungsrisiko gegeben und dem Geschädigten bis auf einen geringfügig zumutbaren Selbstbehalt nicht zuzumuten (vgl. auch OLG Köln, Urteil vom 30.07.2013, Az. 15 U 186/12, Rz. 50).

Die Klägerin hat damit in allen 17 Schadensfällen Anspruch auf Zahlung der durch sie veranschlagten Bruttotagesmietpreise multipliziert mit der Anzahl der Miettage zuzüglich der o.g. jeweiligen Nebenkosten, abzüglich der 10%igen Eigensparnis im Falle der klassengleichen Anmietung eines Ersatzfahrzeuges und abzüglich der Zahlung der Beklagten.

Im einzelnen:

Fall	1	2	3	4
Geschädigter	██████████	██████████	██████████	██████████
Schadensjahr	2016	2016	2016	2016
Anmietort	012..	049..	010..	013..
Fahrzeugklasse	6	8	5	5
Tage	4	7	3	18
Schwache (arithm. Mittel des längsten Zeitraums) Tagespreis	$294,87:3=$ 98,29 €	$1.016,87:7=$ 145,26 €	$279,89:3=$ 93,29 €	$539,00:7=$ 77,00 €
Fraunhofer Tagespreis	59,01 €	53,35 €	51,98 €	33,55 €
Arithmetisches Mittel / Tag	78,65 €	99,31 €	72,64 €	55,28 €
Durchschnittlicher Bruttotagespreis der Klägerin	107,10 €	117,30 €	107,10 €	94 €
Vergleichsangebote im Internet	89 - 114 €	159 - 176 €	93 - 145 €	88 - 113 €
Mietpreis ohne Zusatzkosten (nach Tagesmietpreis der Klägerin)	428,40 €	821,10 €	321,30 €	1.692,00 €
Vollkasko (SB)	$22,47 \times 4=$ 89,88 €	$25,93 \times 7=$ 181,51 €	$19,86 \times 3=$ 59,58 €	$19,86 \times 18=$ 357,48 €
Zusatzfahrer		$11,93 \times 7=$ 83,51 €		
Winterreifen				
Zustellung (28,72 € x 2)	57,44 €	57,44 €	57,44 €	57,44 €
Summe	575,72	1.143,56 €	438,32 €	2.106,92 €

- 10 % Eigensparnis wegen klassengleicher Anmietung	- 42,84 €	- 82,11 €	- 32,13 €	- 169,20 €
- Zahlung	- 369,32 €	- 872,70 €	- 305,97 €	- 1.297,53 €
= Rest	163,56 €	188,75 €	100,22 €	640,19 €
Rechnungsbetrag	571,20 €	1.084,09 €	446,25 €	2.084,88 €
Klage ursprünglich	175,48 €	142,72 €	128,13 €	714,09 €
LG Urteil	159,04 €	139,99 €	108,15 €	618,13 €

Fall	5	6	7	8
Geschädigter	██████	██████	██████	██████
Schadensjahr	2016	2016	2016	2016
Anmietort	010..	049..	014..	011..
Fahrzeugklasse	5	8	7	5
Tage	4	4	5	9
Schwache (arithm. Mittel des längsten Zeitraums) Tagespreis	279,89:3= 93,29 €	518,00:3= 172,66 €	410,77:3= 136,92 €	525,77:7= 75,11 €
Fraunhofer Tagespreis	51,98 €	83,18 €	52,96 €	33,55 €
Arithmetisches Mittel / Tag	72,64 €	127,92 €	94,94 €	54,33 €
Durchschnittlicher Bruttotagespreis der Klägerin	107,10 €	130,90 €	130,90 €	103,53 €
Vergleichsangebote im Internet	94 - 126 €	132 - 211 €	91 - 157 €	135 - 196 €
Mietpreis ohne Zusatzkosten (nach Tagesmietpreis der Klägerin)	428,40 €	523,60 €	654,50 €	931,77 €
Vollkasko (SB)	19,86 x 4= 79,44 €	25,93 x 4= 103,72 €	22,08 x 5= 110,40 €	22,47 x 9= 202,23 €
Zusatzfahrer	11,93 x 4= 47,72 €		11,93 x 5= 59,65 €	11,93 x 9= 107,37 €
Winterreifen				
Zustellung	57,44 €	57,44 €	57,44 €	57,44 €
Summe	613,00 €	684,76 €	881,99 €	1.241,37 €
- 10 % Eigensparnis wegen klassengleicher Anmietung	- 42,84 €	- 52,36 €	- 65,45 €	---
- Zahlung	- 322,84 €	- 358,72 €	- 482,26 €	- 684,43 €
= Rest	247,32 €	273,68 €	334,28 €	556,94 €

Rechnungsbetrag	609,28 €	560,00 €	725,00 €	1.249,50 €
Klage ursprünglich	265,96 €	161,08 €	197,09 €	565,07 €
LG Urteil	243,60 €	148,92 €	177,29 €	565,07 €

Fall	9	10	11	12
Geschädigter	██████████	██████████	██████████	██████████
Schadensjahr	2016	2016	2016	2016
Anmietort	012..	011..	016..	010..
Fahrzeugklasse	5	5	4	3
Tage	17	4	8	13
Schwacke (arithm. Mittel des längsten Zeitraums) Tagespreis	497,04:7= 71,00 €	278,66:4= 69,67 €	627,86:4= 78,48 €	451,20:7= 64,46 €
Fraunhofer Tagespreis	33,55 €	51,98 €	30,20 €	26,14 €
Arithmetisches Mittel / Tag	52,28 €	60,83 €	54,34 €	45,30 €
Durchschnittlicher Bruttotagespreis der Klägerin	94,91 €	119 €	92,82 €	88,60 €
Vergleichsangebote im Internet	90 - 114 €	133 - 167 €	87 - 127 €	96 - 140 €
Mietpreis ohne Zusatzkosten (nach Tagesmietpreis der Klägerin)	1.613,47 €	476,00 €	742,56 €	1.151,80 €
Vollkasko (SB)	19,86 x 17= 337,62 €	19,86 x 4= 79,44 €	20,08 x 8= 160,64 €	17,69 x 13= 229,97 €
Zusatzfahrer		11,93 x 4= 47,72 €		
Winterreifen	10,87 x 17= 184,79 €		10,87 x 8= 86,96 €	10,87 x 13= 141,31 €
Zustellung	57,44 €	57,44 €	57,44 €	57,44 €
Summe	2.193,32 €	660,60 €	1.047,60 €	1.580,52 €
- 10 % Eigensparnis wegen klassengleicher Anmietung	- 161,62 €	- 47,60 €	- 74,25 €	- 115,18 €
- Zahlung	- 1.244,36 €	- 350,00 €	- 268,54 €	- 768,73 €
= Rest	787,62 €	263,00 €	704,71 €	696,61 €
Rechnungsbetrag	2.109,87 €	666,88 €	1.013,88 €	1.548,19 €
Klage ursprünglich	787,31 €	286,56 €	707,98 €	735,78 €
LG Urteil	704,21 €	259,28 €	696,80 €	717,59 €

Fall	13	14	15	16
Geschädigter				
Schadensjahr	2016	2016	2016	2016
Anmietort	012..	011..	016..	011..
Fahrzeugklasse	5	3	2	5
Tage	5	5	4	20
Schwacke (arithm. Mittel des längsten Zeitraums) Tagespreis	$272,95:3=$ 90,98 €	$254,62:3=$ 84,87 €	$276,06:3=$ 92,02 €	$525,77:7=$ 75,11 €
Fraunhofer Tagespreis	43,49 €	35,28 €	42,26 €	33,55 €
Arithmetisches Mittel / Tag	67,24 €	60,07 €	67,14 €	54,33 €
Durchschnittlicher Bruttotagespreis der Klägerin	119 €	95,20 €	71,40 €	92,46 €
Vergleichsangebote im Internet (gerundet)	96 - 138 €	91 - 116 €	91 - 126 €	92 - 112 €
Mietpreis ohne Zusatzkosten (nach Tagesmietpreis der Klägerin)	595,00 €	476,00 €	285,60 €	1.849,20 €
Vollkasko (SB)	$19,86 \times 5=$ 99,30 €	$17,69 \times 5=$ 88,45 €	$18,15 \times 4=$ 72,60 €	$19,86 \times 20=$ 397,20 €
Zusatzfahrer				$11,93 \times 20=$ 238,60 €
Winterreifen	$10,87 \times 5=$ 54,35 €	$10,87 \times 5=$ 54,35 €	$10,87 \times 4=$ 43,48 €	$10,87 \times 20=$ 217,40 €
Zustellung	57,44 €	57,44 €	57,44 €	57,44 €
Summe	806,09 €	676,24 €	459,32 €	2.759,84 €
- 10 % Eigensparnis wegen klassengleicher Anmietung	- 59,50 €	- 47,60 €	- 28,56 €	- 184,92 €
- Zahlung	- 450,57 €	- 309,50 €	-	- 1.615,56 €
= Rest	296,02 €	319,14 €	430,76 €	959,36 €
Rechnungsbetrag	791,35 €	672,35 €	456,96 €	2.610,86 €
Klage ursprünglich	317,48 €	346,00 €	442,08 €	920,10 €
LG Urteil	281,28 €	315,25 €	428,40 €	810,37 €

Fall	17
Geschädigter	██████
Schadensjahr	2016
Anmietort	014..
Fahrzeugklasse	9 (Mietwagen 8)
Tage	6
Schwache (arithm. Mittel des längsten Zeitraums) Tagespreis	$479,67:3=$ 159,89 €
Fraunhofer Tagespreis	71,63 €
Arithmetisches Mittel / Tag	115,76 €
Durchschnittlicher Bruttotagespreis der Klägerin	130,90 €
Vergleichsangebote im Internet	131 - 215 €
Mietpreis ohne Zusatzkosten (nach Tagesmietpreis der Klägerin)	785,40 €
Vollkasko (SB)	$25,93 \times 6=$ 155,58 €
Zusatzfahrer	$11,93 \times 6=$ 71,58 €
Winterreifen	$10,87 \times 6=$ 65,22 €
Zustellung	57,44 €
Summe	1.135,22 €
- 10 % Eigensparnis wegen klassengleicher Anmietung	----
- Zahlung	- 814,20 €
= Rest	321,02 €
Rechnungsbetrag	1.063,86 €
Klage ursprünglich	249,66 €
LG Urteil	249,66 €

Die in der Tabelle im einzelnen aufgeführten Restbeträge ergeben einen Anspruch der Klägerin gegen die Beklagte auf Zahlung restlichen Mietzinses in Höhe von insg. 7.283,18 € und damit einen Restbetrag, der über dem durch das Landgericht zugesprochenen und von der Be-

rufung angegriffenen Betrag in Höhe von 6.323,82 € liegt.

III.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 97 ZPO, der Ausspruch über die vorläufige Vollstreckbarkeit aus §§ 708 Nr. 10, 711, 713 ZPO. Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision liegen nicht vor, § 543 Abs. 2 ZPO.

Dr. Dr. Klose

Weidelhofer

Stricker

Für den Gleichlaut der Ausfertigung mit der Urschrift

Dresden, den 28. MRZ. 2019

Geschäftsstelle

Heinke
Justizsekretär

Schlagworte Urteilsdatenbank

- Anmietung außerhalb Öffnungszeiten
- Aufklärungspflicht Vermieter
- Pauschaler Aufschlag für Unfallersatz
- Direktvermittlung
- EE Eigensparnis-Abzug
- Erkundigungspflicht
- Geringfügigkeitsgrenze (gefahrrene km)
- Zusatzfahrer
- Schwacke-Mietpreisspiegel
- Fraunhofer-Mietpreisspiegel
- Gutachten
- Mietwagendauer
- NA Nutzungsausfall
- Rechtsanwaltskosten
- Zugänglichkeit
- Haftungsreduzierung/Versicherung
- Aktivlegitimation / RDG / Bestimmtheit der Abtretung
- Selbstfahrervermietfahrzeug
- Zeugengeld
- Grobe Fahrlässigkeit
- Schadenminderungspflicht
- Wettbewerbsrecht/-verstoß
- Zustellung/Abholung
- Winterreifen
- Navigation
- Automatik
- Anhängerkupplung
- Fahrschulaausrüstung
- Kein Mittelwert Fraunhofer-Schwacke
- Mittelwert Fraunhofer-Schwacke
- Unfallersatztarif
- Anspruchsgrund
- Sonstiges
- Internetangebote
- Örtliche Zuständigkeit
- Not- und Eilsituation
- DAT
- Verjährung der Mietzinsforderung
- Polizeiklausel